



Das Steag-Kraftwerk Moltkestraße: Ein zweiter Block stößt auf breiten politischen Widerstand.

RN-Foto Neubauer

Absage an ein zweites Kraftwerk

CDU und SPD senden Signal an Steag

LÜNEN • Falls die Steag (jetzt Evonik) einen zweiten Kraftwerksblock in Lünen bauen will, muss sie mit politischem Widerstand rechnen: Die CDU und der Vorstand der SPD-Fraktion haben gestern ihr „Nein“ erklärt.

„Das ist mit der CDU nicht zu machen“, sagte Fraktionsvorsitzender Friedhelm Schroeter. „Wir wollen dieses Signal möglichst frühzeitig sowohl an die Steag wie auch in die Bürgerschaft geben.“ Politik müsse Zeichen setzen, so Annette Droege-Middel. Damit sich die Bürger nicht an der Nase herumgeführt fühlen.

„Diese Position vertritt auch der CDU-Stadtverband“, ergänzte Vorsitzender Herbert Jahn. Beide betonten gleichzeitig noch einmal das Ja der Christdemokraten zum geplanten Trianel-Kraftwerk.

Nach dem rechtskräftigen Bebauungsplan, der vor knapp 30 Jahren 1979 aufgestellt wurde, ist es möglich, dass Steag ein weiteres Kraftwerk baut. „Es ist aber keine Ermächtigung. Auch die Steag müsste ein Genehmigungsverfahren wie Trianel durchlaufen“, so CDU-Fraktionssprecher Michael Zawisch.

len, dass die Steag gegen den breiten politischen Widerstand das Kraftwerk bauen wolle.

Ob und welche möglichen Regressansprüche die Steag an die Stadt Lünen bei Verhinderung des Kraftwerksbaus stellen kann, das klärt derzeit die Verwaltung. „Eventuell können die bisher getätigten Planungskosten der Steag auf uns zukommen.“

Mit der Entscheidung gegen ein weiteres Steag-Kraftwerk wolle man aber keinesfalls die Steag-Standort Lünen kaputt reden, betonten die Christdemokraten.

Sollte die Steag den alten durch einen neuen Block ersetzen wollen, stünde man solchen Plänen positiv gegenüber. Allerdings: Erst müsse das Trianel-Kraftwerk laufen. Und es müssten Ergebnisse von den Messstationen vor allem der neu einzurichtenden Station im Lüner Norden vorliegen, so Schroeter.

Der SPD-Fraktionsvorstand betonte u.a., das „negative Bauchgefühl“ vieler Lüner gegenüber neuen Kraftwerken stelle eine Herausforderung für das politische Handeln dar. Die SPD werde das nicht übergehen. ■ hi-

» 3. Lokalseite:
SPD nimmt Sorgen...

Er kann sich nicht vorstellen,